

Datum: 29.05.2004

Oldenburgische Volkszeitung

Über vatikanische Friedenspolitik, Gewaltverzicht und Terror

Interessante Vorträge im Rahmen der Ringvorlesung „Krieg, Terror und Gewalt – gibt es demokratische Alternativen?“

Vechta – Über „Vatikanische Friedenspolitik im Kalten Krieg“ sprach Dr. Michael Hirschfeld im Rahmen der Ringvorlesung „Krieg, Terror und Gewalt - gibt es demokratische Alternativen?“ an der Hochschule. Zwischen dem Baltikum und Bulgarien kennzeichneten in der Nachkriegszeit Verhaftungen und Internierungen von Bischöfen und Priestern den Alltag. Die päpstliche Politik ließ sich, so Dr. Hirschfeld, zwar stets vom Grundsatz des Heils der Menschen leiten, jedoch wurde dieses Prinzip von den Nachkriegspäp-

ten unterschiedlich ausgelegt. So verdamnte Pius XII. 1949 ausdrücklich den Kommunismus. Erst im Zeitalter des Zweiten Vatikanischen Konzils kam es zu einer Kurskorrektur. Der Vatikan suchte durch Dialog mit den Staatsführungen die Situation der verfolgten Kirche zu verbessern – mit geringem Erfolg. Erst Johannes Paul II. habe mit seiner Kenntnis des kommunistischen Systems den Weg für eine vom Staat unabhängige Kirchenführung geebnet.

● In seinem friedenspädagogischen Beitrag begrüßte der

Theologie Prof. Dr. Egon Spiegel, dass sich die UNO mit der internationalen Dekade „Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit“ (2001 bis 2010) ausdrücklich von einer „Kultur des Krieges“ distanziert habe. Damit vergleichbar ziehe der Papst der herkömmlichen „Lehre vom gerechten Krieg“ heute eine „Lehre des gerechten Friedens“ vor. Diese Entwicklungen wertete Spiegel als Aktualisierung und Konkretisierung der biblischen Gewaltkritik. Programmatisch für die radikale Ablehnung militärischer Gewalt in biblischer Perspektive sei

Jesu Einritt in Jerusalem auf einem Esel. Nicht erst in der regen Diskussion war es Spiegel ein Anliegen, zu zeigen, dass das Leben nicht ohne Konflikte denkbar ist und diese verantwortlich gelöst werden wollen. Entscheidend dabei sei aber, dass im Konfliktfall nicht nur die Wahl zwischen Nichtstun und Gewalt bestehe, sondern in der gewaltfreien Konfliktlösung ein „dritter“ Weg denkbar sei. Der Vorwurf Spiegels an die Politiker: diesen Weg nicht nur unerwähnt zu lassen, sondern nicht einmal ansatzweise zu kennen.

● Die „Schreckensherrschaft“ der Jakobinerdiktatur in den Jahren 1793 und 1794 gehört zu den grausamsten und umstrittensten Kapiteln der französischen Revolution. Ihrer Entstehung, Praxis und ideologischen Rechtfertigung widmete sich der Historiker Prof. Dr. Alwin Hanschmidt. Im Herbst 1793 setzte der Wohlfahrtsausschuss Terror als Mittel der Politik auf die Tagesordnung. Gegen Aufstände von Revolutionsgegnern wurde mit äußerster Härte vorgegangen. Zur Rechtfertigung dieser Praxis erklärte Robespierre den Terror,

der bis dahin als Merkmal des Despotismus gegolten hatte, zu einer Konsequenz der republikanischen Tugend der Vaterlandsliebe. Als „Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei“ sei der Terror gerechtfertigt. Hinter Robespierres Rechtfertigung des Terrors im Dienste der Tugend zeichne sich, so Prof. Hanschmidt, ein auf absolute Einheitlichkeit ausgerichtetes und damit totalitäres Staatsverständnis ab. Dieses sehe in Vertretern abweichender politischer Auffassungen keine Gegner, sondern ausschließlich Feinde.